

Bezugsgeschäft
Dresdner Nachrichten
Postamt Nr. 210, durch die
Post ab 27.
Zusatzpreise: Samm.- & 3. Linie Posten.
Wochenblatt: 10 Pf., 1. Linie Posten.
Centralblatt: 10 Pf., 2. Linie Posten.
Die Ausgabe bis 2 Uhr Nachmittags.
Wiederholte Gewinnbarle.
Angebaut: 8 Silben, 15 Pf., An-
gaben aus der Werkszeitung Seite
zu Bla.; Tropfzeitung „Untere“ Seite
ausgewählt: 40 Pf., Gewinnbarle für
Kontakt oder nach dem Tagessatz zu Bla.
Das Sammelnachrathen ist bei
so Bla. noch bestimmt.
Ausdruck nur zu den
Sammelblättern.
Angebaut: 10 Pf., An-
gaben ausgewählt: 15 Pf., An-
gaben ausgewählt: 20 Pf.
Für Wiederholte einanderlei Samm-
leiste ohne Verbindlichkeit.
Gesamtpreisliste Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

Meyer's wetterfeste Joppen
für Herren und Knaben.
Schlafrock - Meyer, Frauenstrasse 7.

40. Jahrgang.

Dresden, 1895.

C. HESSE + ALTMARKT
Königlicher Hoflieferant
Größtes Spezialgeschäft für weißl. Handarbeiten.
Neuhelten für Frühjahr und Sommer.
Garnierte Brautkissen in allen Präsenten.
Reichste Auswahl aller Tapiserie-Materialien.

Sommer
Häubchen
Mützen
Kleidchen
Jäckchen
in jeder Preislage
für Knaben und Mädchen.

Hermann Arndt,
Bautznerstr. 46

Carl Tiedemann, Hoflieferant Etabliert 1833.
Fussbodenanstrich ist
Tiedemann's Bernsteinöllack
mit Farbe, eine Nacht trocken, nicht kriecht.
Altstadt: Marienstr. 10, Amalienstr. 19,
Zwickauerstr. 40. Neust.: Heinrichstr. (Stadt Güldene).

Zum Blumen-Corso letzte Neuheiten
in eleganten
empfohlen
Damenhüten das Putz- u. Modewarenhaus
Waisenhausstrasse 30 **C. Heinrich Barthel.**
Nr. 139. Spiegel: Rücktritt des Grafen Kalnolu, Hofnachrichten, Korrektur des Wahlrechts, Sportwoche, Konkurrenz, Wohltätigkeitsconcil, Lotterie.

Die morgen Montag erscheinende Nummer der „Dresdner Nachrichten“ gelangt in Dresden und den Vororten erst in den Vormittagsstunden in die Hände der geehrten Leser. Die Ausgabe erfolgt in unserer Geschäftsstelle von Morgens 9 Uhr ab, der Postverband ab Dresden mit den Vormittags- bez. Mittagszügen.

Politisches.

Mit schwerem Herzen und erst nach langerem Zögern hat sich Kaiser Franz Joseph zu entschließen vermocht, das ernste Rücktrittsgesuch des Grafen Kalnolu, des gemeinsamen Ministers des Auswärtigen im österreichisch-ungarischen Doppelstaate, zu genehmigen. Der Monarch hatte Anfangs gehofft, daß die Krise, welche durch den Konflikt zwischen dem Grafen Kalnolu und dem ungarischen Ministerpräsidenten Baron Banffy herauftreten würden, gelöst werden könnte, ohne daß er das schwere persönliche Opfer bringen müßte, sich von dem treuen Rathgeber der Krone in den auswärtigen Angelegenheiten zu trennen. In der That war die Gewährung der Demission für Kaiser Franz Joseph ein schweres persönliches Opfer. Denn Graf Kalnolu besaß bis zum letzten Augenblick das volle menschliche Vertrauen seines kaiserlichen Herrn, das in der Überzeugung der politischen Auffassungen wurzelte und durch die 14jährigen Dienste gestiftet wurde, die der Leiter der auswärtigen Politik der habsburgischen Monarchie geleistet hat. Aber der Rücktritt des Grafen Kalnolu war eine innerpolitische Notwendigkeit geworden. Dieser Erfolg konnte sich schließlich Kaiser Franz Joseph nicht mehr entziehen und auch hierin summte er mit dem aufzutretenden Minister vollständig überein. Ein geblümliches Zusammenarbeiten Kalnolu's mit dem ungarischen Kabinettshof im gemeinsamen Interesse der beiden Reichshälften war auf die Dauer nicht mehr möglich, seit dieser durch sein unverantwortliches Vorhaben im Budapester Abgeordnetenkamme die Einheitlichkeit und Selbstständigkeit der Leitung des auswärtigen Politik in Frage gestellt hatte und nun als Antwort darauf der deutlich schroffe Tadel vom auswärtigen Amt in Wien zu Thell geworden war. Mit Recht mußte es Graf Kalnolu ablehnen, die Verantwortung für die auswärtigen Angelegenheiten noch schwerer zu tragen, wenn von ungarischer Seite der Anpruch geltend gemacht wurde, eigentlich schwerwiegende Fragen der auswärtigen Politik öffentlich zu erörtern und ohne ausdrückliche Zustimmung der nur dieselbe allein verantwortlichen und maßgebenden Instanz einer Lösung entgegenzuführen. Der Fehler des Grafen Kalnolu war freilich, daß er die Entscheidung über diese prinzipiellen Kompetenzen, die ohne Zweifel zu seinen Gunsten hätte ausfallen müssen, in einer so rücksichtslos brüsten und verhältnißmäßig zu gewichtigen Form herbeizuführen suchte, daß aus einer sachlichen Sache eine Personfrage werden mußte. Die Gemüthsruhe, die Baron Banffy für sich und sein Kabinett verlangte, das sich solidarisch mit ihm versöhnt fühlte, konnte daher nur persönlicher Natur sein und mußte in dem Rücktritte seines Gegners bestehen, während dieser die auswärtigen Geschäfte nur hätte fortführen können, wenn ihm eine hinreichende Bürgschaft dafür gegeben worden wäre, daß unberechtigte Eingriffe in sein Amt und in seine Machtvolkommenheit von ungarischer Seite in Zukunft nicht mehr stattfinden würden. Eine solche Bürgschaft hätte aber nur der Rücktritt des gesammten ungarischen Ministeriums gewährleisten können.

Kaiser Franz Joseph stand also vor der Wahl eines ungarischen Ministerwochsels oder eines Wechsels im Ministerium des Auswärtigen. Das erste Demissionsgesuch Kalnolu's hatte er abgelehnt und dabei demselben eine glänzende Genehmigung gewährt, indem er ihm in Form eines handfesten Vertrauen und Anerkennung ausdrückte. Dies mußte den Schein erwecken, als sei Graf Kalnolu aus dem Kontakt als Sieger hervorgegangen. Im Budapester glaubte man, der Monarch habe durch diese Vertragskundgebung indirekt dem ungarischen Ministerpräsidenten sein Misfallen ausdrücken wollen. Zuerst erschien in folge dessen Baron Banffy in der Wiener Hofburg, um wiederholt Genehmigung zu fordern. Ein Ausgleich ohne Personensatz war nicht mehr möglich. Die Krise konnte mit ihrer Lösung in dem Rücktritt des einen oder der anderen Partei finden. Schwerwiegende Interessen der Gesamtmonarchie mündeten für die vorläufige Beibehaltung des ungarischen Ministeriums sprechen, dessen sofortiger Rücktritt den inneren Frieden auf das Bedenkließt beeinträchtigt haben würde. Der empfindliche magnatische Chauvinismus war so sehr gereizt, daß das Verbleiben des Grafen Kalnolu im Amt als eine Demütigung ganz Ungarns aufgenommen werden wäre, die leicht einen verbündeten Verfolgungsgeist zur Folge gehabt hätte. Hierzu kam, daß die Eröffnung der österreichisch-ungarischen Delegationen, in denen die gemeinsamen auswärtigen Angelegenheiten beraten werden, unmittelbar bevorstand. Eine geistige Erledigung der Delegationsarbeiten war aber ausgeschlossen, falls Graf Kalnolu die auswärtige Politik wieder vertreten hätte. Von ungarischer Seite wäre ihm

eine Opposition erstanden, welche das friedliche Verhältnis der beiden Reichshälften gefährdet hätte. Unter Berücksichtigung des Wohlens der Gesamtmonarchie hat daher Kaiser Franz Joseph auf die weiteren Dienste des Mannes verzichtet, dem er Vertreuen und Freundschaft schenkte, um weiteren Neubungen und Konflikten mit dem liberalen Ministerium aus dem Wege zu gehen, dessen Politik seine Anerkennung und Sympathie niemals befehlt hat. Um das Friedens willen hat noch der habhaftigste Herrscher ein schweres persönliches Opfer gebracht, das höchstens wesentlich zur Sicherung der Gemüther düssels und jenseits der Leitha beitrug.

Vom Standpunkt der europäischen und insbesondere der deutschen Politik sieht man den Grafen Kalnolu mit lebhaftem Bedauern aus seiner verantwortungsvollen Stellung ideihen. Eng verwachsen mit der Treibhundspolitik hat er sich als ein überzeugter, warmer Freund des europäischen Friedens bewährt. Er war kein genialer Staatsmann, der die Welt durch überzeichnende fahne Thaten in Schau und Bewunderung setzte; aber er hat die anwaltige Politik Österreich-Ungarns während seiner ganzen Amtsleitung mit Geschick, Würde und Zärtlichkeit geführt. Auf der Grundlage der Treibhundspolitik, die von seinem Vorgänger, dem Graf Andrássy, geschaffen worden war, hat er jederzeit die Interessen seines Vaterlandes und des europäischen Friedens mit Feindseligkeit und Klugheit wahrzunehmen gewußt. Sein Hauptverdienst besteht darin, daß er unter keiner Verfälschung der schwierigen Position, welche die österreichisch-ungarische Monarchie in Europa einnimmt, mit Vorsicht allen folgendwideren internationalen Beziehungen und großen selbstständigen Aktionen aus dem Wege gegangen ist. In tumultuär bewegten Situationen, wie beispielsweise während der gescheiterten bulgarischen Wirren von 1885 und 1887, zeigte er sich als fübler, sorgsam prüfender und jeden Schritt mit dessen Folgen genau und bedächtig abwägender Kopf. Niemals herausfordernd, sondern behutsam zurückhaltend, hielt er deneuch zäh und entschieden an seinem Standpunkt fest und er hat es verstanden, ebenfalls die freundlichsten Beziehungen in den auswärtigen Staaten zu pflegen wie das Asien Österreich-Ungarns dem Auslande gegenüber zu wahren. Graf Kalnolu hat den Treibhund bestätigt, die Selbstständigkeit des bulgarischen Volkes behauptet und dennoch zugleich, bei allen Beziehungen und Schwierigkeiten der internationalen Politik, die das Verhältnis zum Petersburger Hofe beeinträchtigen konnten, die Freundschaft zu Russland aufrecht erhalten, ohne daß dadurch die Zärtigkeit und Herzlichkeit des Bündnisses mit Deutschland eine Einbuße erlitte. Mit seltem Ringtheit hat er sich auch dem stiel greifenden Wechsel der Parteien in Deutschland angepaßt. Die Erfolge dieser Leistungen, echt konträren Friedenspolitik, führten ihn die Anerkennung und Werthöhung aller europäischen Herrscher und Kabinette.

So in der Richtung der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns in Folge des Personenwechsels keine Wandlung zu erwarten ist, dafür bürgt zunächst die Thatjache, daß die Verurteilung des Nachfolgers des Grafen Kalnolu auf deinen Vorschlag erfolgt ist. Graf Eugenio Goluchowski, der neue österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, erfreut sich des Vertrauens seines Vorgängers und es ist daher wohl anzunehmen, daß er diesen Politik fortsetzt, die auf dem Glaubensbündnis mit Deutschland und Italien begründet ist. Die größte Bürgschaft aber hierfür liegt nach wie vor in der Belegschaft, der Freundschaft und der Friedensliebe der Künste des Treibhundes, dessen ungewöhnlicher Fortbestand vor Allem auch durch das wohlwogene Interesse des habhaftigsten Reiches geboten ist.

Fernschreibs- und Fernsprech-Verichte vom 18. Mai.

Berlin. Nach der Verhandlung des Petroleums soll die Regierung, wie den „Hamburger Nachrichten“ und Berlin anmeldet wird, auf Anregung einer Petition des Vereins der chemischen Industrie Deutschlands eine differentialle Zollhandlung von Rohpetroleum und rosinenartigem Petroleum in Erwägung ziehen, um dadurch die Einfuhr des Rohpetroleums und die Errichtung von Raffinerien in Deutschland zu erleichtern, und in der Standard Oil-Company entgegenzuwirken.

Berlin. Nach der „Post“ werden die Bemühungen Dr. Karl Peters im Reichsdienst und zwar in Gemeinschaft mit Major v. Wilmann in Südkorea zu erhalten, fortgesetzt. Der Kaiser selbst hat den Befehl ausgesprochen, daß diese Bemühungen von Erfolg getragen sein werden. Eine Bemühung von Dr. Peters in Korea, wie es neulich auf der Soiree bei dem Herrn Finanzminister Dr. v. Bielenberg bekannt wurde, sei ausgeschlossen.

Unter dem gemeinsamen Bericht des Ministers für Landwirtschaft, Freiherrn von Hammerstein und des Finanzministers Dr. v. Bielen-

berg begann heute in Berlin die Konferenz über die Kreditorganisation, zu welcher auch Vertreter verschiedener Innungs-Ausübungszüge zugezogen sind. In der Hauptstrecke dachte die Konferenz folgend-

ende Punkte zu erörtern: Zuverlässigkeit der Errichtung, Or-

ganisation und Geschäftsführer einer Centralbank, Be-

grenzung des Reizes der Verbünde und Institute, zu deren Kredit-

bedürfnis die Centralbank dienen soll, Verträge, die Höhe der hier-

für erforderlichen Summe, Beleihung der für die Thätigkeit des

Centralinstitutes sonst notwendigen Mittel, Depositenkassen, Giroverkehr,

Annahme von Spareinlagen, sowie von überzähligen Beländern

der genossenschaftlichen Verbände, Ausgaben von Schuldenverträge-

und dergl., etwaige weitere zur Deckung des Regionalbedarfs

in Aussicht zu nehmende Maßnahmen. — Die Aufführung der Ehren-

zeichnen, die dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstage

gewidmet wurden, ist heute Nachmittag im Concerthaus durch

eine kleine Feier eröffnet worden, bei welcher der Vorstand des Ausstellungskomitees an seine Mitarbeiter eine Anprache richtete,

die mit einem Hoch an den Kaiser und den Fürsten Bismarck idyll. Von der unendlichen Zärtlichkeit und Mannigfaltigkeit des Grafen, die der Altreichsstaaten zu seinem Wiegetable erhalten hat, gibt die Ausstellung ein übersichtliches, wohlgemeinbartes Bild. Es sind bis jetzt 50 Exponate von den über 2000 in Austritts-

und eingeladenen Zeitungen hier vereint, doch dürfte diese Zahl schon in den nächsten Tagen eine Steigerung erfahren, da noch währendl. Freunde eintreten und ausgestellt werden sollen. —

Das Abgeordnetenhaus berief heute in 1. und 2. Sitzung den Antrag des Centrums auf Wiederherstellung der kirchenpoliti-

chen Verfassung. Der Antrag wurde von dem Abg. v. Heinemann eingehend begründet. Es handelt sich hier um die Katho-

liten hier das wichtigste Recht, die Selbstständigkeit ihrer

Kirche. Diese Aussichtslosigkeit der Selbstständigkeit werde man die Geistlichen der Gegenpartei für das Staatsleben nie überwinden. Abg. Appelhans (al. Graf Limburg Stirum) stimmte ab.

Dr. Langenscheidt (al. Pol. v. Breden) stimmte ab. Schonmuth (al. Dr. v. Breden) und Schomann (al. Dr. v. Breden) stimmten ab. Bei diesen Namen ihrer Parteien Gitterungen geben die Wiederherstellung der tragischen Artikel ab, während Abg. Moltke (al. Dr. v. Breden) und Dr. Voigt (al. Dr. v. Breden) gegen den Antrag eintraten. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen des Centrums, der Polen, sowie der Stimme des konserватiven Abg. Koch abgelehnt. Darauf wurden die Petitionen erledigt. Über Petitionen wegen Erstattung eingestellter Staatsleistungen den Katholiken gegenüber, wurde zur Abstimmung übergegangen.

Montag: Antrag Abg. Abend betraf. Wahl-

mann Hollweg auf Aufhebung der Kinderstättung der Grundherrs-

chaften. — Das Herzogtum nahm den Antrag des Herrn v. Behn-

mann Hollweg auf Aufhebung der Kinderstättung der Grundherrs-

chaften ab. In dem Kreis gegen den Hauptmann v. Briesen a. D. Briesen wegen der Brüderbüre „Allgemein üblich“ von Gustav Meissner wurde der Antrag zu 200 Mark Geldstrafe ab.

10 Tage Haft verurteilt.

Kiel. 11. Bei Beirat, Juniors und akademischen Verbindungen wurde die Stimmung des Centrums, der Polen, sowie der Stimme des konservativen Abg. Koch abgelehnt. Darauf wurden die Petitionen erledigt. Über Petitionen wegen Erstattung eingestellter Staatsleistungen den Katholiken gegenüber, wurde zur Abstimmung übergegangen.

München. Große Schneefälle werden aus ganz Südw-

deutschland gemeldet. Am Schwarzwald berichten Karlsruhe,

Stuttgart und Ulm, daß die Schneefälle auf dem Hochgebirge die Verbindungen der Bahnlinien und der Straßen verhindern.

St. Gallen. Der Billardläufer Herold aus Berlin vollendete hier die größte Partie der Welt und war 221 Point, ohne einen Fehler zum Spiel kommen zu lassen.

Kiel. In der letzten Nacht kam die Temperatur auf den Gehweg vor dem Bahnhof Wilhelmshöhe hat es gleichzeitig auch von anderen Gehwegen der Provinz werden Schneefälle gemeldet.

München. Große Schneefälle werden aus ganz Südw-

deutschland gemeldet. Am Schwarzwald berichten Karlsruhe,

Stuttgart und Ulm, daß die Schneefälle bedeckt sind.

Temesvar. Gestern Nachmittag 3½ Uhr ist hier ein Erd-

beben beobachtet worden.

Zabrze. In Zabrze stand man die Leiche eines jungen Mädchens. Es liegt Zustand vor. Neben der Leiche lag ein blutbeflecktes Kleid. Der Mörder blieb unbekannt.

Paris. Der Stadtrath bewilligte den von der Stadtverwaltung nicht wieder angetretenen Antrag des Ausflugs der Studenten des Centrums der Universität Paris, der am 1. Mai am Schloß von Versailles stattfinden soll.

Prag. Der Stadtrath bewilligte den von der Stadtverwaltung am 1. Mai am Schloß von Versailles stattfinden soll.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times“ meldet aus London, daß die Regierung den Besuch der Kaiserin von Japan abgesagt.

London. Die „Times